Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 280 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt 4,50 M. durch die Boten 5,40, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 5,40 Mark. | Halver, Montag, den 1. Dezember. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile o. d. Raum 30 Pfg., auswärts 35 Pfg., Reklamezeile 1,25 Mk., Teurungszuschlag 20 Proz. bei Aufnahme in unseren sämtl. Lokalausgaben. — [illegible] gung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | 20. Jahrgang

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Hilfe für Österreich.** Von den Abgeordneten Löbe, Trimborn, v. Payer, Schultz-Bromberg, Dr. Heinze wurde folgender Antrag eingereicht: Die Nationalversammlung wolle beschließen: Angesichts der Hungersnot in Deutsch-Österreich ersucht die Deutsche verfassunggebende Nationalversammlung die Reichsregierung trotz der Notlage in Deutschland 1. den Deutsch-Österreichern, insbesondere der Stadt Wien, mit Mehl auszuhelfen, damit der Hunger nach Brot durch deutsche Hilfe gelindert wird. Zu diesem Zweck ist die für den Verbraucher festgesetzte deutsche Mehlration für vier Wochen je um insgesamt 200 Gramm, also wöchentlich von 1750 Gramm auf 1700 Gramm zu kürzen; 2. eine private Hilfsaktion zugunsten der Hungernden in Deutsch-Österreich unverzüglich ins Werk zu setzen.

+ **Erhebung der Einkommensteuer durch den Arbeitgeber.** Unter den zahlreichen Neuerungen, die mit der Übernahme der Landeseinkommensteuern auf das Reich verbunden sind, ist von besonderer Bedeutung der grundsätzliche Wechsel in der Art der Steuererhebung. Mit der bisherigen Praxis der Entrichtung der Steuer durch die Pflichtigen wird für den größten Teil der Steuerzahler gebrochen und künftig die Besteuerung des Arbeitseinkommens an der Quelle vorgeschrieben. Der Arbeitgeber hat in die Steuerkarte des Arbeitnehmers Marken in entsprechender Höhe einzukleben und zu entwerten, durch die sich der Steuerpflichtige über die erfolgte Zahlung ausweist.

+ **Die allerneueste französische Note.** Die französische Note über die Abreise der Delegation Simson aus Paris ist jetzt auch in Berlin eingetroffen. In ihr wird ausgeführt, daß die Abreise der deutschen Delegation schuld daran sein könnte, daß die Ratifikation des Friedensvertrages verzögert wird. Die Note fragt dann nach den Gründen der Abreise. Ihr Gesamteindruck wird von kundiger Seite dahin geschildert, daß sie ein Verlegenheitsprodukt der französischen Regierung zu sein scheine. So mache z. B. die Bemerkung, die die französische Regierung über die Vordatierung des Friedensvertrages ausspricht, einen höchst fadenscheinigen Eindruck.

+ **Die Reichseisenbahn.** Die einzelstaatlichen Regierungen, einschließlich Preußen und Sachsen, haben sich in der kürzlich abgehaltenen Vorbesprechung damit einverstanden erklärt, daß die Staatsbahnverwaltungen nicht erst am 1. April 1921, wie es in der Verfassung vorgesehen ist, sondern schon am 1. April 1920 auf das Reich übergehen.

+ **Der parlamentarische Untersuchungsausschuß** für die nichtausgenützten Friedensmöglichkeiten (Vorsitzender Abg. Gothein) dürfte vor Weihnachten keine öffentlichen Sitzungen mehr abhalten, da Mitte Dezember bereits die parlamentarischen Weihnachtsferien beginnen.

+ **Die deutschen Juden und der Kommunismus.** Auf eine Anfrage des Vorsitzenden des Bürgerrats von Groß-Berlin, wie sich der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu dem auffallenden Überwiegen jüdischer Elemente in der Führung der kommunistischen Bewegung stelle, ist eine Antwort eingegangen des Inhalts, daß der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens grundsätzlich auf dem Standpunkt stehe, daß seine Mitglieder national-deutsch orientiert seien. Die jüdische Lehre verwerfe staatsfeindliche Bestrebungen auf das schärfste. Wenn im letzten Jahre eine Anzahl russischer und deutscher Juden (größtenteils überspannter Literaten) sich in der bolschewistischen Bewegung hervorgetan hätten, so könne das Judentum um so weniger dafür, als die betreffenden Herren meist längst aus dem Judentum ausgetreten seien.

+ **Ein Erfolg der Verkehrssperre.** Nach dem letzten amtlichen Bericht des Reichskohlenkommissars haben die Haldenbestände an der Ruhr und in Oberschlesien in der ersten Hälfte des Monats November eine erhebliche Abnahme erfahren. Während am 1. November an der Ruhr rund 832 000 und in Oberschlesien 703 000 Tonnen lagerten, bezifferten sich die Haldenbestände am 15. November an der Ruhr nur noch auf rund 750 000 Tonnen und in Oberschlesien auf 586 000 Tonnen. Sie sind somit an der Ruhr um 82 000 und in Oberschlesien um 117 000 Tonnen, d. h. um insgesamt 200 000 Tonnen, zurückgegangen.

+ **Vorstandswahl der Zentrumsfraktion.** Zum ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung ist von der Zentrumsfraktion der Staatssekretär a. D. Abgeordneter Trimborn einstimmig gewählt worden. Zum zweiten bzw. dritten Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Becker und Leicht wiedergewählt.

+ **Landwirtschaftlicher Lieferstreik in Bayern.** In Niederbayern droht ein neuer Lieferstreik. 36 Bürgermeister des Bezirkes Griesbach im Rotthal haben ihren Beschluß bekanntgegeben, in den Lieferstreik zu treten, wenn dem Kommunalverband Griesbach nicht gestattet würde, eine bis zum 1. September 1920 reichende Brotgetreidemenge zurückzubehalten. Der Zweckverband der Landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns hat erklärt, daß er die jüngst von dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft aufgestellten Forderungen keineswegs in allen Teilen unterschreiben könne. Man müsse sich erst endgültig darüber klar sein, was dann an die Stelle der öffentlichen Bewirtschaftung treten soll, die ziemlich zerrüttet erscheint. Das Prämiensystem zur Erfüllung des Liefersolls sei für Bayern nicht geeignet.

Ungarn.

× **Der Kommunistenprozeß.** Am zweiten Tage des Budapester Kommunistenprozesses hatte sich zuerst der Kommunist Gabriel Schön in geschlossener Sitzung wegen der Notzucht an zwei Offiziersfrauen zu verantworten. In der darauffolgenden öffentlichen Verhandlung wurde eine ganze Reihe von Zeugen vernommen, die außerordentlich schwer belastende Aussagen machten. Unter der Last der Zeugenaussagen gestand Schön, den Fähnrich Dobsa ermordet zu haben. Er habe ihn in den Keller bringen lassen und ihm befohlen, sich auf den dort liegenden Kohlen ein Lager zu bereiten. Während Dobsa damit beschäftigt war, hatte Schön ihn erschießen lassen. In der Verhandlung stellte es sich auch heraus, daß in dem Saale, wo jetzt die Verhandlungen stattfinden, der Kommunist Czerny als Vorsitzender des Revolutionstribunals acht Todesurteile binnen zehn Minuten gefällt hat. Eine Gräfin Bay, eine Greisin, die als Zeugin verhört wird, gab an, daß sie während ihrer Gefangenschaft schwer mißhandelt worden sei. Czerny sagte auch außerordentlich schwer belastend über Bela Khun aus, der ihm direkte Befehle zu Hinrichtungen gegeben habe.

Italien.

× **Die Möglichkeit eines Thronwechsels.** Man rechnet in Rom mit größeren Unruhen bei der bevorstehenden Eröffnung der Kammer. Bekanntlich sind die linksstehenden Sozialisten erheblich stärker geworden und wie verlautet, haben sie die Absicht, bei der Eröffnung des Parlaments sehr energisch aufzutreten und es dem Könige unmöglich zu machen, eine Thronrede zu verlesen. Täglich finden Kabinettsberatungen zur Beseitigung der Schwierigkeiten statt. Man erwartet die Möglichkeit eines Rücktritts des Königs. Ihm wird der Herzog von Aosta oder der Kronprinz auf dem Throne folgen.

Großbritannien.

× Beginn des Kaiserprozesses im Januar? Die englische Regierung erwartet, daß der Prozeß gegen den Exkaiser zu Neujahr in London beginnen wird. Man versichert, daß alle dazu notwendigen Vorbereitungen getroffen seien. Die Auslieferung könne erst nach der formellen Ratifizierung des Friedensabkommens durch die Alliierten verlangt werden. Man erwartet, daß die Ratifizierung innerhalb einiger Wochen stattfinden wird. Danach würde ohne Zweifel das Ersuchen um Auslieferung an die niederländische Regierung gerichtet werden. Man glaubt, daß diesem Ersuchen stattgegeben wird. Für das dem Kaiser gegenüber anzuwendende Strafmaß ist keine Grenze festgesetzt. Es sei keine Bestimmung vorgesehen, die die Todesstrafe ausschließe.

Serbien.

× **Blutige Kämpfe in Montenegro.** Die Belgrader Regierung hat drei größere militärische Expeditionen zur Niederwerfung des montenegrinischen Aufstandes beschlossen. Der Einmarsch der serbischen Truppen soll von drei Seiten aus geschehen, von Cattaro, Trebinje und Nitschitsch. Zwei der serbischen Truppenabteilungen sind bereits in Montenegro einmarschiert. Es kam zu blutigen Kämpfen mit den Montenegrinern.

Amerika.

× **Eine neue Arbeiterpartei.** In Chikago ist eine neue Arbeiterpartei gebildet worden. In ihrem Programm werden folgende Forderungen gestellt: Verstaatlichung der Eisenbahnen, Banken und aller lebenswichtigen Betriebe, Abschaffung des Senats, Anerkennung der irischen Republik, Maximalarbeitszeit von acht Stunden täglich und 44 Stunden wöchentlich, Durchsetzung von Mindestlöhnen und Abschaffung der Dienstpflicht.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die generelle Handelsfreiheit zwischen deutschen Häfen und der deutschen Ostseeküste ist von der alliierten Waffenstillstandskommission für Segelschiffe und Motorsegelschiffe bis zu hundert Brutto-Register-Tonnen genehmigt worden.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung des preußischen Staatsministeriums, nach der das preußische Herolosamt mit dem 31. März 1920 aufgehoben wird.

Rom. Die vom Minister des Äußeren, Tittoni, eingereichte Demission wurde angenommen. Senator Sciaioja wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Deutsche Nationalversammlung.

(120. Sitzung.) *CB.* Berlin, 27. November.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand an erster Stelle die dritte Lesung der Reichsabgabeordnung. Dieser Angelegenheit konnte man sich jedoch noch nicht zuwenden, da zahlreiche Abänderungsanträge eingegangen waren, die noch nicht gedruckt werden konnten. Infolgedessen wurde die Aussprache über die Interpellationen zur

Ernährungs- und Wirtschaftslage

fortgesetzt, die Gegenstand der Verhandlungen in der gestrigen Sitzung waren.

Zuerst sprach heute der Abg. Stapfer (Bayerische Vp.). Seinen Ausführungen wohnte ein besonderer Reiz inne, weil sie in unverfälschter bayerischer Mundart gemacht wurden. Der Redner betonte vor allem unsere Pflicht, den Deutsch-Österreichern zu helfen. Alsdann wies er darauf hin, daß die neue Regierung auch in der Lebensmittelfrage versagt habe. Von einer Führung sei nichts zu merken. Die Regierung arbeite nur mit statistischen Mitteln. Mit besonderem Nachdruck wandte sich der Redner gegen den achtstündigen Arbeitstag, der die Landwirtschaft zugrunde richte.

Der nächste Redner, Abg. Jandrey (Deutschnat. Vp.) stellte fest, daß bisher kein Redner die Regierung unterstützt und daß die Regierung in diesen Fragen also eine Mehrheit nicht hinter sich habe. Weiter betonte der Redner, daß wir uns in der Ernährung endlich vom Auslande frei machen müßten. Durch parteipolitische Agitation sei die Arbeitskraft auf dem Lande gelähmt worden. Die Regierung müsse die Landwirtschaft unterstützen, indem sie die Erzeugung der künstlichen Düngemittel fördere und diese der Landwirtschaft zugänglich mache. Vor allem aber brauche die Landwirtschaft auch Kohlen. Der Verbraucher müsse einsehen, daß der Erzeuger auch leben müßte.

Abg. Wurm (U. Soz.) trat für das Wohl der Verbraucher ein, denen der Nutzen der Erzeuger nachstehen müsse. Damit war die Besprechung der Interpellationen beendet und die dazu gestellten Anträge wurden mit einigen Abänderungen von einer großen Mehrheit — nur die Unabhängigen stimmten dagegen — angenommen. Nunmehr trat man in die zurückgestellte

dritte Lesung der Reichsabgabenordnung

ein. Zuerst sprach der Abg. Dr. Dürtnger (deutschnat. Vp.). Er machte, wie dies schon in der zweiten Lesung geschehen war, verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Vorlage geltend und kündigte, mit Bezugnahme darauf, einen Antrag seiner Partei an, wonach über die Reichsabgabenordnung gemäß § 76 der Verfassung abzustimmen sei. Dieser Paragraph bestimmt, daß für Gesetzentwürfe, die eine Abänderung der Verfassung enthalten, eine Zweidrittelmehrheit sich erklären müsse. Die Verhandlung ging dann noch geraume Zeit weiter.

Lärmszenen bei einer Rede Erzbergers.

Veranlaßt durch die Ausführungen des Abg. Dürtnger erhob sich der Reichsfinanzminister Erzberger zu einer erregten und scharfen Erwiderung. U. a. erklärte er, daß Preußen durch seine reaktionäre Gewaltpolitik den Grund zu den Absplitterungsneigungen gelegt habe, die sich gegenwärtig im Rheinland geltend machen. Darauf brach auf der Rechten ein Sturm der Entrüstung los. Als dann der Reichsfinanzminister der Rechten noch Heuchelei vorwarf, erschollen aus den Reihen der Rechten die Zwischenrufe in einem solchen Maße, daß der Minister verhindert war, weiter zu sprechen. Es bildeten sich Gruppen um den Tisch des Hauses und der Präsident Fehrenbach ersuchte dringend um Ruhe, indem er hervorhob, daß bei derartigen Auseinandersetzungen eine geordnete Verhandlung unmöglich sei. Im übrigen erklärte der Präsident, daß er gegen den Reichsfinanzminister einschreiten würde, falls der Vorwurf der Heuchelei sich auf Mitglieder des Hauses bezogen hätte. Der Reichsfinanzminister verneinte das und fuhr hierauf, nachdem wieder Ruhe eingetreten war, in seiner Rede erheblich gemäßigter als vorher fort.

Der Weg zum Einheitsstaat.

Einer der vielen Zwischenrufe stammte von dem Abg. Rießer (Deutsche Vp.) und lautete: „Wer hat denn da gehetzt?" Damit meinte der Abgeordnete die Polen und das Zentrum. Darauf rief ihm der Reichsfinanzminister zu: „Sie gehören in die Kaltwasserheilanstalt." Solange ich Reichsfinanzminister bin, erklärte Erzberger weiter, werde ich alles tun, um das deutsche Volk zum Einheitsstaat zu führen. Das deutsche Volk geht an der Zersplitterung zugrunde. Es kann nicht genesen an 26 souveränen Ländern. Daß bei dem Zusammenfassen aller Kräfte auf die Verschiedenheit der einzelnen die weitgehendste Rücksicht zu nehmen ist, hat die Nationalversammlung stets zum Ausdruck gebracht. Wir bekämpfen die Separationsbestrebungen im Reiche, wir bekämpfen alle Gewaltmaßnahmen. Deutschland ist nicht zu retten, wenn wir die Einzelstaaten in ihrer alten Zuständigkeit bestehen lassen.

Nach dem Reichsfinanzminister sprachen die Abgg. **Kemkas** (Deutsche Vp.), **Katzenstein** (Soz.) und **Pohlmann** (Dem. Vp.), die für die Vorlage eintraten. Sodann nahm das Wort der ehemalige Staatssekretär des Innern Abg. **v. Delbrück** (Deutschnat. Vp.), um sich gegen den Reichsfinanzminister Erzberger, wegen der Angriffe, die dieser gegen die Deutschnationalen erhoben hatte, zu wenden.

Loslösungsbestrebungen in Bayern.

Die „Bayerische Königspartei".

Von einer Seite, die behauptet gut unterrichtet zu sein, kommen Aufsehen erregende Mitteilungen aus Bayern. Danach sollen zwischen der Zentrumspartei des Reiches und der Bayerns (Bayerische Volkspartei) erhebliche Differenzen bestehen, die sich in den letzten Wochen noch erheblich zugespitzt haben, weil die separatistischen Bestrebungen in Bayern erneut und mit größter Schlagkraft aufgenommen wurden. Die Agitation gegen die neue Reichsverfassung und die Tendenz des Zusammenschlusses mit den katholischen Alpenländern, womöglich unter der

Restaurierung der Monarchie,

hat bereits einen solchen Umfang angenommen, daß es innerhalb der Bayerischen Volkspartei zu ernsten Auseinandersetzungen kam. Vor kurzem fand eine Vertrauensmännerversammlung der christlichen Arbeiterschaft statt, die in München das stärkste Glied der Bayerischen Volkspartei bildet; sie verwahrte sich ernstlich gegen jede Separation. Wenige Tage später versammelte sich die gesamte christliche Arbeiterschaft, wobei die Kluft zwischen Arbeitern und Bauern innerhalb der Bayerischen Volkspartei noch stärker zum Ausdruck kam. Der Reichstagsabgeordnete Schirmer wandte sich bei Besprechung der Reichsverfassung gegen Dr. Heim, den Führer der separatistischen Bewegung, der vor Jahresfrist ausgesprochen habe, daß Bayern sich mit Deutschösterreich verbinden und aus dem Deutschen Reiche ausscheiden soll. Dr. Heims absolut ablehnende Haltung gegen die Verfassung deute darauf hin, daß er seinen Gedanken noch nicht aufgegeben habe. Der Landtagsabgeordnete Funke wandte sich gegen den christlichen Bauernverein (dessen Führer wiederum Dr. Heim ist), der durch seine zu starke Betonung der Standesinteressen und durch seine gegensätzliche Politik die Sprengung der Bayerischen Volkspartei vorbereite. Diese habe seinerzeit einen Aufruf erlassen, in dem erklärt wurde, daß der republikanischen Staatsform keine grundsätzlichen Bedenken entgegenstehen. Die Frage: Wollen wir uns auf den Boden der Verfassung stellen oder nicht? müsse mit Ja beantwortet werden. Zu gleicher Zeit, wo diese Gegensätze aufs schärfste zum Ausdruck kommen, werden in München Flugblätter verteilt, die die Gründung einer „Bayerischen Königspartei" verkünden. Antisemitische Plakate und Aufrufe fordern zu den äußersten Maßnahmen gegen die „landfremden Elemente, die das Land bereits ins größte Unglück gestürzt", auf.

Kronprinz Rupprecht als Präsidentschaftskandidat.

Ferner wird behauptet, das bayerische Zentrum habe sich bereits entschlossen, eine Kandidatur des Kronprinzen Rupprecht von Bayern für den Reichspräsidentenposten zu befürworten und zu unterstützen. Es sei allerdings noch fraglich, ob es gelingen werde, den Kronprinzen zur Aufstellung der Kandidatur zu bewegen.

Ein angeblicher Skandal.

Aus den Aufzeichnungen des sozialdemokratischen Redakteurs A. Baumeisters, der längere Zeit in leitender Stellung an der „Glocke" war, sei folgendes mitgeteilt: „Die „Glocke", an der Konrad Häntsch als Redakteur arbeitete, erschien zuerst in München und es wurde dann in Berlin ein besonderer Verlag gegründet. Parvus, der Herausgeber, gab riesige Zuschüsse für die Glocke, denn im Jahre 1918 schloß der Verlag mit einem Defizit von 1 400 000 Mark ab. Die Gerüchte über den Reichtum Parvus' nahmen damals in der Partei die sonderbarsten Formen an. Täglich wurden

angeblich neue große Geschäfte Dr. Helphands (Parvus) bekannt. Diese Gerüchte erweckten bei allen Parteiführern und den nachgeordneten Funktionären Mißtrauen. Besonders warnten Ebert und Scheidemann Hähnisch vor Parvus und Sklarz. Um so überraschter war ich (Baumeister), später Scheidemann wiederholt bei Parvus im Kaiserhof und bei Sklarz in der Regentenstraße zu treffen. Mehrfach hatte ich dabei den Eindruck, daß ich gerade zu der Zeit herbestellt worden war, wo Scheidemann, der durchaus angenehm berührt schien, sich dort sehen und hören ließ. Später fand ich im Arbeitszimmer Sklarz's das Bild Scheidemanns mit dessen eigenhändiger Widmung, die etwa lautete: Meinem lieben Freund Georg Sklarz, Philipp Scheidemann. Die Lage im Verlag wurde finanziell bedrohlich. Da teilte uns Parvus mit, daß der Verlag auf gesunde finanzielle Grundlage gestellt werden solle und daß auch Sklarz Mitinhaber geworden sei. In Kopenhagen hatte Parvus um die gleiche Zeit ein „Institut zur Erforschung der sozialen Folgen des Krieges" geschaffen, das ihn jährlich etwa 50 000 Kronen Zuschuß kostete. Er hatte hier eine Anzahl Russen und auch einen Deutschen angestellt. Das Institut knüpfte literarische Beziehungen zu allen Ländern an. Es ist von Gegnern Dr. Sklarz hier behauptet worden, daß er dieses Institut nur als Mantel für eine Spionagezentrale geschaffen habe. Auch in Dänemark hatte Parvus zahlreiche Verbindungen mit den Arbeiterführern. Diese versuchten in jener Zeit durch Vermittlung der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften von der deutschen Regierung Erleichterungen für die Einfuhr von Kohlen nach Dänemark zu erlangen, die sie selbst an die Arbeiter verteilten. Es entstand bald ein sehr großes Kohlengeschäft nach Dänemark, bei dem Parvus und Sklarz durch von ihnen gecharterte Dampfer den Transport der Kohlen nach Dänemark übernahmen. Sie erschienen den dänischen Genossen dadurch als Wohltäter, während sie nach Aussagen des Buchhalters Rauch daran einen Reingewinn von 250 000 Mark monatlich erzielten. Parvus und Sklarz hatten Beziehungen zu einer hohen militärischen Stelle in Berlin, die ihnen die Möglichkeit gab, von der Militärverwaltung ausrangierte Autos zu kaufen. Für diesen Einkauf stellten sie einen Herrn, den Direktor des Kaiserlichen Automobilklubs, der ihnen die besten Beziehungen zu haben schien, mit 12 000 Mark Gehalt, Spesen und Beteiligung an. Die Autos wurden nach Dänemark geschafft, dort in einer von Parvus und Sklarz gekauften Maschinenfabrik wiederhergestellt und weiterverkauft. Im Frühjahr 1918 tauchte das Projekt auf, einen russischen Buch- und Abreißkalender herzustellen, der die ersten Schritte zur späteren Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern vorbereiten sollte. Von diesem Abreißkalender wurden 65 000 Stück zum Preise von 65 ℌ hergestellt. Für den Buchkalender wurden Vorbereitungen getrofffen. Es wurden Verhandlungen mit der Oel- und Fettstelle angeknüpft, da man der Ansicht war, daß die Reichsstelle an den russischen Oelfrüchten besonderes Interesse habe, und es wurde ihr nahegelegt, ihre Artikel im redaktionellen Teil des Kalenders gegen Bezahlung von 40 000 Mark pro Seite aufzugeben. Es kamen Aufträge von rund einer Viertelmillion Mark zustande. Der Buchkalender ist nie fertig geworden, auch der Artikel der Oel- und Fettstelle natürlich nicht erschienen. Dagegen hat die Oel- und Fettstelle einen Teil der Auftragssumme bezahlt."

Zum Falle Sklarz berichtet der Vorwärts, daß sich die Enthüllungen weiter beziehen auf Zuschüsse, die Parvus in Höhe von 1 400 000 Mark dem Verlag für Sozialwissenschaft gegeben haben soll, ferner auf kaufmännische Geschäfte von Parvus und Sklarz, wie Kohlenlieferungen nach Dänemark und Geschäfte betr. eine Wach- und Schließgesellschaft. Auch Geschenke von Sklarz an Emil Eichhorn werden erwähnt. Ein Dankschreiben des letzteren wird im Wortlaut abgedruckt. Neu erwähnt wird ein Geschäft von Sklarz mit ausrangierten Heeresautomobilen.

Eine Untersuchungskommission.

Aus Berlin wird gemeldet, daß sich eine Kommission aus bekannten Parlamentariern zur Untersuchung des Falles Sklarz gebildet hat.

*

Scheidemann gegen die Anschuldigungen.

Zu den gegen Ebert, Noske und Scheidemann erhobenen Beschuldigungen wegen Korruption äußerte der letztere einem Mitarbeiter der B. Z. am Mittag gegenüber: Danach lieferte der verhaftet gewesene Hermann Sonnenfeld das ganze Belastungsmaterial an den sozialdemokratischen Abg. Davidsohn aus. Es beste.. in einem Schreiben der Regierung betr. die Herstellung antibolschewistischer Kalender für Rußland, dem Legitimationsbrief für den im Januar 1919 mit der Verpflegung der Regierungstruppen beauftragten Sklanz und einem Erlaß Noskes wegen Aufstellung einer Marketenderei für die Reichswehrtruppen, also in einwandfreien nachprüfbaren Regierungsanordnungen. Für die Behauptung, daß die Minister sich bei diesen Geschäften bereicherten, fehlen Beweise. Das kostbare Oelgemälde, das Noske von Sklanz geschenkt erhalten haben soll, ist eine einfache Kohle-Zeichnung, nach der das Bild Noskes für die Zeitschrift der Reichswehr hergestellt wurde, welches der Hersteller, nicht Sklarz, nachträglich an Noske schenkte. Alles andere Material ist teils erlogen, teils gefälscht. **Scheidemann erklärt, rücksichtslos gerichtlich vorgehen zu wollen.**

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 1. Dezember.

□ **Dienstmarken für die Behörden.** Es ist geplant, die Portofreiheit der Reichs- und Staatsbehörden aufzuheben; obgleich der Zeitpunkt dieser Aufhebung noch nicht feststeht, hat das Reichsministerium bereits mit den Vorarbeiten zur Herausgabe von besonderen Reichsdienstmarken für die Reichsbehörden und Dienstmarken für die Staatsbehörden begonnen. Um den voraussichtlichen Bedarf an diesen Dienstmarken zu ermitteln, werden vom 1. Dezember ab bei den Behörden Zählungen veranstaltet, und bis zum 15. Dezember sollen an die Postämter die Bestellungen der einzelnen Behörden, zunächst für sechs Monate, eingegangen sein. Die neuen Dienstmarken sind für den bisher gebührenfreien Dienstverkehr der Behörden bestimmt; über den endgültigen Entwurf der neuen Markenbilder ist noch keine Entscheidung getroffen und dürfte auch vor dem 15. Dezember nicht vorliegen. Die Reichsdienstmarken werden jedenfalls keinen Adler tragen; die Dienstmarken, für die Staatsbehörden der einzelnen Länder bestimmt, tragen außer der Wertangabe eine Ablösungsnummer, die das Land bezeichnet, für dessen Bedarf die Marke bestimmt ist. Im ganzen werden diese Marken also nach Art der früheren „Frei-durch-Ablösungs-Marken" benutzt und verrechnet werden. Nach den Vorbereitungen, die das Reichspostministerium und die Reichsdruckerei getroffen haben, scheint die Aufhebung der behördlichen Gebührenfreiheit nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

☞ Der Roman mußte wegen Raummangel für die nächste Ausgabe zurückgestellt werden.

—* Laut Mitteilung des Kommunalen Elektrizitätswerkes Mark können ab 1. Dezember cr. an, die Fabriken die Arbeitsdauer auf 8 Stunden täglich erhöhen. Die Frühschicht beginnt um 6 Uhr morgens und endigt um 2½ Uhr nachmittags, die Spätschicht beginnt um 1½ Uhr nachmittags und endigt um 10 Uhr abends. In jeder Schicht ist eine halbe Stunde Pause zu machen.

—* **Eine neue Beschränkung im Landabsatz.** Um die zur Zeit wieder günstigeren Transportverhältnisse auszunützen, hat die amtliche Verteilungsstelle für Ruhrkohle angeordnet, daß ab 1. Dezember bis auf weiteres im Landabsatz nur bis zur Hälfte der im Oktober ds. Js. abgegebenen Mengen geliefert werden darf. Bei der Ausgabe von Landabsatzscheinen soll in erster Linie auf die öffentlichen Interessen Rücksicht genommen werden.

—* **Pauken statt Trompete.** Ueber die Musikkorps der Reichswehr hat der Reichswehrminister jetzt Bestimmung getroffen. Für die vorläufige Reichswehr, die 200 000-Armee, sind 103 Musikkorps vorgesehen. Sie sind auch für die Regimenter bestimmt, die bis 3 Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages besonders aufgestellt sind. Für die Kapellen sind ebensoviel Musikmeister bestimmt, 43 für je ein Infanterie-Regiment, 15 für jedes Pionier-Bataillon, 17 für Kavallerie-Regimenter, 14 für die leichten Artillerie-Regimenter und 14 für die Brigade-Nachrichten-Abteilungen. Die Instrumentenbesetzung der Kavallerie-Regimenter ändert sich insofern, als von den hinzutretenden Instrumenten die dritte Trompete in Es fortfällt, dafür ein paar Pauken hinzukommen. Alle nicht planmäßigen Musikabteilungen sind aufzulösen.

—* **Stockung in der Zufuhr amerikanischer Schweinefleischerzeugnisse.** Die Reichsfleischstelle hat den Kommunalverbänden mitgeteilt, daß in der Belieferung mit amerikanischen Schweinefleischerzeugnissen nunmehr ziemliche Stockungen eintreten werden, so daß es unmöglich ist, dauernd für sämtliche Bezirke des Deutschen Reiches gleichzeitig die nötigen Schweinefleischerzeugnisse einzuführen. Es muß deshalb abwechselnd in allen Bezirken eine vorübergehende Stockung eintreten.

—* Die auf dem Kreistage des Kreises Altena am 16. September 1919 vollzogenen Wahlen des Kommerzienrates Wilhelm Ashoff in Altena und des Geschäftsführers Hermann Martin in Altena zu Kreisdeputierten ist von dem Herrn Oberpräsidenten in Münster auf Grund des § 31 der Kreisordnung für die Provinz Westfalen vom 31. Juli 1886 mit der Maßgabe bestätigt, daß über die Dauer der Wahlzeit gemäß § 18 des Gesetzes vom 18. Juli 1919, betreffend die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts, in den neuen Gemeindeverfassungsgesetzen usw. Bestimmung getroffen werden wird.

= **Halver,** 29. Nov. Die Vereinigung ehem. Kriegs- und Zivilgefangener hatte auf gestern abend 7 Uhr im Posthause zu Halver eine Versammlung anberaumt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einem Willkommensgruß für die heimgekehrten Kameraden und ging darauf zur Tagesordnung über. Es wurde bekanntgegeben, daß die Ehrengabe auch den Leuten zukommt, welche vor ihrer Gefangennahme auswärts wohnten, aber nach hier entlassen worden sind, und jetzt ihren Wohnsitz in Halver haben. Sodann wurde über die wirtschaftliche Beihülfe gesprochen, und die Grundsätze mitgeteilt, nach denen selbige vergeben werden soll. Nachdem einige andere Sachen erörtert und erledigt worden waren, wurde über eine Weihnachtsgabe der in französischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Kameraden beraten und soll an jeden ein Weihnachtspaket im Namen der Gemeinde Halver, Kriegsgefangenenheimkehrstelle Halver, Vereinigung ehem. Kriegs- und Zivilgefangenen gesandt werden. Darauf dankte der Vorsitzende der Versammlung und schloß selbige um 9 Uhr.

+ **Halver,** 1. Dez. Gestern nachmittag bewegte sich ein stattlicher Leichenzug nach dem Friedhofe, galt es doch die sterbliche Hülle des verstorbenen Lehrers a. D. Tekhaus zur letzten Ruhe zu bestatten. Wir bemerkten in dem Zuge den Landwehrverein, die Beamtenvereinigung, der Gemeindevorstand, die Kirchenvertretung und viele Leidtragende. Herr Pastor Dr. Dresbach entwickelte ein herrliches Lebensbild des Verstorbenen und segnete die Leiche ein, worauf sich langsam die Gruft über den geachteten Mitbürger schloß. Er ruhe in Frieden!

Bochum, 29. Nov. Im Bezirk des Amtes Eickel ist eine Pockenseuche ausgebrochen, die die Behörden zur Einführung einer Schutzpockenimpfung veranlaßt hat. Alle öffentlichen Aufführungen sind verboten worden.

Siegen, 29. Nov. In den letzten Tagen sind hier

Die Führer des Deutschen Reiches zur Deutschen Spar-Prämienanleihe!

Ebert, Reichspräsident
Über den Parteiprogrammen steht für jeden Deutschen die Pflicht, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Reiches. Zuerst müssen unsere Finanzen gekräftigt werden, denn nur durch sie kann das Reich wieder aufblühen. Ein Mittel zur Kräftigung der Finanzen ist die Spar-Prämienanleihe. Wer sie zeichnet, tut seine Pflicht und arbeitet mit am Wiederaufbau.

Bauer, Reichskanzler
Der Zins, vom Reiche aufgespart,
Wird Dir und Deinen Kindern nützen!

Schiffer, Vizekanzler u. Reichsminister der Justiz
Geordnete Finanzen sind eine unentbehrliche Grundlage für Recht und Gesetz. Wer das Reich finanziell stärkt, indem er ihm Geld leiht, stärkt Recht und Gesetz.

Erzberger, Reichsminister der Finanzen
Die erste Friedensanleihe ist ein kühneres Wagnis als alle Kriegsanleihen. Trotzdem wird das Deutsche Volk die Friedensanleihe zeichnen.

Dr. Bell, Reichsverkehrsminister
Geldstücke
sind die besten Eisenbahnräder!

Dr. David, Reichsminister o. P.
Wer ausländische Luxuswaren kauft, drückt unsere Valuta noch tiefer hinab und verteuert die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Nahrungsmittel noch mehr. Wer dagegen entbehrliches Geld in Spar-Prämienanleihe anlegt, hebt unsere Valuta und fördert den Genesungsprozeß der deutschen Volkswirtschaft. Wer sein Land liebt, handle danach!

Dr. Geßler, Reichsminister für Wiederaufbau
Tragt goldene Balken herbei
zum Wiederaufbau!
Gebt dem Reiche Geld!

Giesberts, Reichspostminister
Wer spart in der Zeit,
der hat in der Not!

Koch, Reichsminister des Inneren
Wirtschaft ohne Geld
ist Pflug ohne Pferd.

Dr. Mayer, Reichsschatzminister
Was das Blut für den Körper.
ist das Geld für den Staat.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen
Wer die Friedensanleihe zeichnet, hilft einen wirklichen, dauernden Frieden sichern.

Noske, Reichswehrminister
Wer dem Reiche kein Geld gönnt, schlägt dem Soldaten die Waffe aus der Hand!

Schlicke, Reichsarbeitsminister
Geld schafft Arbeit,
Arbeit schafft Brot.

größere Transporte mit Gefangenen aus Aegypten durchgekommen.

Gummersbach, 29. Nov. Die neue elektrische Kleinbahn von Derschlag nach Dümmlinghausen ist für den Personenverkehr eröffnet worden.

Nah und Fern.

o **Versicherung für Schiebergeschäfte.** Die Deutsche Versicherungs-Zeitung behauptet, daß an der Hamburger Börse in umfangreichem Maße Versicherungen gegen Beschlagnahme von Sendungen durch die Regierung gedeckt werden, und zählt die Bedingungen auf, zu denen solche Risiken geschlossen werden. Solche Versicherungen werden tatsächlich geschlossen, doch wird von Hamburg aus Protest dagegen erhoben, daß sie in besonderem Maße gerade dort betrieben werden. Es sollen Versicherungen dieser Art in erheblicher Ausdehnung in Berlin und auch von süddeutschen Versicherungsgesellschaften gedeckt worden sein, wobei es sich um Prämieneinnahmen handelt, die in die Millionen gehen.

o **Zucker aus Holz.** Über ein neues Verfahren der Holzverzuckerung weiß das Holzhandelsblatt zu berichten. An der Ausarbeitung des Verfahrens nimmt der Chemiker der Münchener Universität, Professor Dr. Willstätter, Anteil. Die Verzuckerung erfolgt durch Salzsäure. Angeblich soll dabei ein sehr erheblicher Prozentsatz des Holzes in Zucker umgewandelt werden. Ein in Mannheim angestellter Versuch hat ergeben, daß die technischen Schwierigkeiten auch im großen überwunden werden können.

o **Der geplante Wucher mit Weihnachtsbäumen** wird in Berlin gleichsam halbamtlich von den beteiligten Großhändlern angekündigt. Die notwendigen Bäume werden aus Thüringen, Harz und der Mark Brandenburg herangeschafft. Wie nun aus den Kreisen des Großhandels bekanntgegeben wird, sollen Fichten in diesem Jahr nicht unter 8 bis 20, Tannen nicht unter 10 bis 25 und Edeltannen nicht unter 14 bis 30 Mark kosten. Daß sich die Beteiligten so sicher fühlen, um den geplanten Raubzug auch auf diesem Gebiete im voraus anzuzeigen, hat jedenfalls den Vorzug eines neuartigen Vorgangs.

o **Zwei Räuber erschossen.** In der Nacht näherten sich zwei Männer den Posten des Reichswehrregiments Nr. 30 zu Fürstenwalde und versuchten diese zu bestechen, um mit ihnen gemeinsam die Regimentskasse zu berauben. Als die Männer merkten, daß die Posten nicht darauf eingingen, ergriffen sie die Flucht. Die Posten schossen darauf und töteten beide. Die Erschossenen wurden festgestellt als der Arbeiter Kleinberg und Maurer Ludwig.

o **Höhere Pensionspreise für Ausländer.** Die „Vereinigung Groß-Berliner Fremdenheime E. V." hat in ihrer letzten Generalversammlung einstimmig beschlossen, sich betreffs der höheren Preise für Ausländer den Entschließungen der Hotelbesitzer-Vereinigung voll und ganz anzuschließen. Dieser Beschluß ist gefaßt in der Erkenntnis der Pflicht, alles zu verhindern, was die Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands und des niedrigen Markkurses durch Ausländer fördern könnte.

o **Altersnachweis für Teilnahme an Tanzlustbarkeiten ist in Dresden** geplant. Die Dresdener Behörden beschäftigen sich jetzt mit dieser Frage, weil die Tanzvergnügen immer mehr von jugendlichen und minderjährigen Personen besucht werden. Man will eine Verordnung erlassen, nach der der Zutritt zu einem Tanzsaal nur noch gegen Vorzeigung eines Altersnachweises mit Lichtbild gestattet sein soll. Es ist allen Ernstes mit dieser Maßnahme in Dresden zu rechnen.

o **Bund der kindergesegneten Eltern.** In Frankfurt a. M. erfolgte ein Zusammenschluß der kinderreichen Familien mit dem Resultat, daß der „Bund der Kinderreichen" begründet wurde. Der Bund will eine energische Agitation im ganzen Reiche zugunsten einer besseren Berücksichtigung der kinderreichen Familien Deutschlands in bezug auf ihre steuerliche Behandlung entfalten. Die Bestrebungen gehen dahin, den bisher nur in Preußen geltenden „Kinderparagraphen" auf das ganze Reich auszudehnen und den Oberhäuptern kinderreicher Familien einen stärkeren Einfluß bei den Wahlen zur Nationalversammlung, zu Landes- und Gemeindevertretungen zu sichern. Gleichzeitig hat auch ein „Bund der Väter" das Licht der Welt erblickt, der darauf ausgeht, einen Gesetzentwurf zu schaffen, wonach in den gesetzgebenden Körperschaften im Reich, den Einzelstaaten und den Gemeinden nur Verheiratete mit Kindern Sitz und Stimme erhalten sollen.

o **Milch aus Amerika.** Louis Hollweg in Indianapolis (U. S.) hat eingedenk der großen Entbehrungen, die der lange Krieg auf die Bewohner seiner Thüringer Heimat auferlegt hat, dem Kreise Sonneberg einen Posten Kondensmilch zum Geschenk gemacht, mit der Bestimmung, daß die Milch nur an arme Leute, namentlich an Kranke und Kinder, verteilt werden soll, und zwar nur an solche arme Bedürftige, die sonst die ihnen zustehende Milch nicht erhalten.

o **Erleichterte Postsendungen nach der Pfalz.** Im Postverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und der von den französischen Truppen besetzten Rheinpfalz sind für Wertsendungen, Zeitungen, Bücher eine Reihe von Erleichterungen eingetreten.

o **Kassubischer Unterricht in deutschen Schulen.** Die kassubische Sprache soll im Schulunterricht für die kassubischen Kinder mindestens in dem gleichen Umfange berücksichtigt werden, wie dies jetzt bei der polnischen Sprache für die polnischen Kinder geschieht. Danach ist den kassubisch sprechenden Kindern der gesamte Religionsunterricht in kassubischer Sprache und neben dem deutschen Sprachunterricht ein kassubischer Schreib- und Leseunterricht zu erteilen, soweit es von den Eltern der Kinder gewünscht wird.

o **Ein 300jähriger Mühlenprozeß geschlichtet.** Der Mühlenbesitzer Rahner in Sirgwitz kaufte die Mühle in Wenig-Rakwitz, Kreis Löwenberg, vom Fabrikbesitzer Franke in Birkigt. Durch diesen Kauf hat ein Prozeß sein Ende gefunden, der über 300 Jahre der „Wassergerechtigkeit" wegen zwischen den jeweiligen Besitzern beider Mühlen geführt wurde. Schon Friedrich der Große hat sich mit dem Prozeß im Siebenjährigen Kriege beschäftigt, als die Mühlen noch herrschaftlich waren.

o **Interessante Lutherfunde** hat der Geheime Archivrat Dr. Wäschke in Zerbst bei den Arbeiten, die er gegenwärtig zur Trennung der Bestände des anhaltischen Herzogshauses und des Freistaates Anhalt ausführt, in den letzten Tagen gemacht. Er fand einen Band alter Musikstücke, Lieder aus der Mitte des 16. Jahrhunderts, und ein bisher unbekanntes, von Luther selbst gedichtetes und komponiertes Lied mit der Überschrift „Klage und Bitte zu Gott wider der alten Schlange Religion und Schutz", das sich an den 64. Psalm anlehnt. Von den Funden ist besonders wertvoll ein Büchlein mit dem Titel „Deutsche Messe und Ordnung des Gottesdienstes", gedruckt 1526, zu dem Luther ein Vorwort geschrieben hat.

o **Baracken für 15 000 Bergarbeiter.** In der letzten Zeit sind in Sachsen an verschiedenen Orten Baracken für Bergarbeiter hergestellt worden, insgesamt 269, davon 200 im Steinkohlengebiet, 45 im Braunkohlengebiet und 24 bei den Genossenschaften. Die Baracken geben Unterkunft für rund 15 000 Bergleute.

Spargeheimnisse.

Wertvolle Ratschläge für Hausfrauen.

In amüsanter Weise plaudert eine Französin über „die Kunst zu sparen", die ihr in diesen harten Zeiten von ihren Freundinnen beigebracht worden ist. „Wenn man wirklich sparsam leben und wirtschaften will," schreibt sie, „so muß man, das habe ich schon entdeckt, Freundinnen besitzen. Die kommen und geben einem gute Ratschläge, und alles geht dann gleich anders. Selbstverständlich sind alle die Rezepte, Kunstgriffe, Adressen Geheimnis, strengstes Geheimnis.

„Wenn du Nudeln kochst," flüstert meine Freundin Anna, „so darfst du das Wasser ja nicht weggießen. Das wäre sündhafte Verschwendung. Mit ein paar Zwiebeln ergibt es eine vorzügliche Suppe, und du erspart das Einbrennmehl. Ich füge mich der höheren Einsicht und brenne ein. Es schmeckt genau wie Tischlerleim mit Mehlzusatz, und mein Mann erklärt, daß er lieber die Schlacht an der Somme nochmals mitmachen wolle als solch eine Suppe essen. Doch das Sparprinzip ist gerettet.

„Wenn du neue Hausschuhe brauchst", raunt mir meine Freundin Hedwig ins Ohr, „dann sag' es nur mir. Ich kenne eine Methode — —" Ich brauche keine neuen Handschuhe, kann mich aber nicht entschließen, das vor diesen begeisterten Augen zu gestehen. Hedwig nickt befriedigt, da ich so gespannt dreinblicke. „Also du nimmst ganz einfach eine alte Bluse" — sie ergreift meine blaue Samtbluse — „und zertrennst sie", ihre Finger machen sich ans Werk, noch ehe ich Zeit habe, auch nur einen Schreckensschrei auszustoßen. „Der Aufsatz kann als Futter dienen" — ritsch ratsch — „und hier aus dem ausrangierten Filzhut schneide ich die Sohlen. Siehst du, jetzt hast du noch ein Paar ganz gute Hausschuhe." Der Hut hatte noch eine Lebensdauer von mindestens fünf Jahren vor sich, wogegen die Hausschuhe wie zwei Archen Noahs aussehen und mir abwechselnd vorn und hinten vom Fuße fallen. Aber ich bin schon froh, daß ich den Filzhut nicht einbrennen muß, und schicke mich ins Unvermeidliche.

„Was machst du mit den Pflaumenkernen?" fragt Nummer drei mit lauerndem Blick. „Pflaumenkerne?" entgegnete ich erstaunt. „Nun, die werfe ich weg!" Ein entsetzlicher Aufschrei: „Aber wie kannst du nur! Du mußt sie trocknen, aufknacken und die Kerne wie Mandeln verwenden. Dann kannst du einen Mandelpudding kochen, der fast nichts kostet." Ich koche eine Woche hindurch täglich Pflaumenkompott, trockne, knacke, und mache einen Pudding. Die Vorarbeiten erfordern vier Stunden Zeit. Der Pudding braucht vier Eier, zwei Tafeln Schokolade und die Zuckerration der Familie für den ganzen Monat. Dabei schmeckt er immer noch bitter wie die Tugend, und mein Mann hält mir nach Tisch einen ernsten Vortrag über die Wirkung von Blausäure in geringen Dosen.

Aus verschiedenen stichhaltigen Gründen sammle ich auf höheres Gebot Zündholzschachteln, abgebrannte Glühbirnen, leere Tintenfläschchen und ähnliche Kostbarkeiten. Ich hebe sämtliche Gemüseabfälle für das Kaninchen auf, das ich mir anschaffen werde, wenn wir uns 1940 ein Landhaus kaufen. Außerdem trockne ich Tee, den man in Zeiten der Not sieben- bis achtmal aufbrühen kann. Er schmeckt zwar schon beim drittenmal ausschließlich nach Heu, aber ich habe die Beruhigung, daß bei mir „nichts umkommt".

Als ich in der rationellen Wirtschaftsführung so weit gelangt war, beschloß ich, mein Wissen unter dem Siegel der Verschwiegenheit auch andern mitzuteilen. Ich begann das zweite halbe Dutzend meiner besten Freundinnen zu besuchen und im Klubsessel von Adas Mann sitzend, flüsterte ich vertraulich: „Wenn du Nudeln kochst . . ."

Zerstörtes Liebesgabenwerk.

Um Aufklärung wird gebeten!

Der Newyorker Berichterstatter eines großen rheinischen Blattes schreibt diesem folgendes:

Eine bittere Enttäuschung für die Deutschamerikaner, die bisher zahllose Pakete mit Liebesgaben zur Linderung der Not nach der alten Heimat geschickt haben, ist die Ankündigung der Postverwaltung, daß der Versand von Fleischwaren, Fett, Wolle, Kleidungsstoffen usw. verboten und der Versand von Seife, Kerzen usw. auf je zwei Pfund beschränkt ist. Auch Zucker und Mehl fallen unter das Verbot. Die Post gibt als Grund dafür eine Verordnung der deutschen Regierung an, wonach der Absender und Empfänger Einfuhrerlaubnis erlangen müssen. Daß die Hilfstätigkeit der Deutschamerikaner gerade in dem Augenblick eingedämmt wird, wo hier das Werk durch eifrige Werbetätigkeit großen Umfang annahm, wird überall sehr bedauert. Man findet es unbegreiflich, daß die deutsche Regierung dieses Liebeswerk unterbindet, während gleichzeitig aus allen Teilen Deutschlands Gesuche um Unterstützung einlaufen. Große Mißbilligung haben schon die Mitteilungen hervorgerufen, daß den Empfängern der auf elf Pfund beschränkten Postpakete von Amts wegen allerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Die Empfänger waren gezwungen, sich Einfuhrerlaubnisscheine zu verschaffen. Ein Rheinländer mußte wegen einer Büchse Kakao allerlei Fragebogen ausfüllen, Anträge stellen und obendrein noch drei Mark Gebühren bezahlen. Hierzulande wundert man sich sehr, daß die deutsche Regierung sich mit solchen Kleinigkeiten befaßt. Bestand früher schon Mißbilligung, so hat das jetzt angekündigte vollständige Verbot sogar zu Ärger und Entrüstung geführt. Daß Deutschland seine Einfuhr möglichst beschränken will, ist allen begreiflich. Daß aber trotz zahlloser Notschreie, die übers Meer dringen und hier bereitwilligst Gehör finden, auch die Zufuhr unterbunden werden soll, die ausschließlich zur Hilfe und Ertüchtigung der Stammesgenossen in der Heimat dient, wird hier für sehr unrichtig befunden, zumal von einer wirtschaftlichen Schädigung wohl nicht die Rede sein kann, wenn ein Deutscher von seinem Verwandten in Amerika warmes Unterzeug für den Winter, eine Büchse Fett und eine Dose Kakao erhält, alles Kleinigkeiten, die nur zum Eigengebrauch und nicht für den Handel bestimmt sind. Die bedauerliche Folge der neuen Beschränkung ist, daß hier hunderte Leute, die Liebesgaben bei der Post einliefern wollten, abgewiesen wurden. Der Wunsch der Deutschamerikaner ist, daß die deutsche Regierung in dieser Angelegenheit bald einen vernünftigen Ausweg finden möge.

Der Wunsch, hier endlich einmal die Vernunft walten zu lassen, dürfte wohl allgemein geteilt werden. Die Valutafrage spielt bei diesem Werke doch gar keine Rolle, da es sich um Geschenke unserer deutschen Stammesgenossen, die von ihrem Überfluß dem hungernden Deutschland gern abgeben wollen. Man darf also wohl um Aufklärung bitten!

Letzte Nachrichten.

Besetzungsgefahr für das Industriegebiet?

Die Auffassung der Regierung.

Berlin, 29. Nov. An zuständiger Stelle erklärte man auf die Anfrage, ob mit einer Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets durch die Entente im Hinblick auf die abgebrochen Verhandlungen in Paris zu rechnen sei, daß ein Einmarsch der Entente in das Industriegebiet ohne weiteres nicht anzunehmen sei, schon deswegen nicht, weil zuerst der Waffenstillstand gekündigt werden müßte. Man betonte, daß daher zum mindesten für den Augenblick keine stichhaltigen Gründe für eine Beunruhigung im Industriegebiet vorlägen.

Generalstreik in Bitterfeld.

Leipzig, 28. Nov. Die „Leipz. N. N." melden aus Bitterfeld: Die Abstimmung der Arbeiterschaft in der chemischen und Braunkohlenindustrie ergab 6000 Stimmen für den Generalstreik und 4000 dagegen. Den Ausschlag gaben die Braunkohlenarbeiter. Heute nachmittag bei Schichtwechsel soll der Generalstreik in Kraft treten.

Clemenceau verheimlicht seine Gewaltnote in Frankreich.

Paris, 29. Nov. Die Note Clemenceaus über die Kriegsgefangenen wurde in Frankreich nicht veröffentlicht. „Presse de Paris" veröffentlichte lediglich nach deutschen Blättern in einem Telegramm aus Basel einen Auszug.

Der neue russische Kurs der Entente.

Rotterdam, 28. Nov. „Manchester Guardian" meldet aus Paris, daß wichtige Ereignisse betr. die russische Politik bevorstünden. Man plane tatsächlich eine Konferenz zwischen den verschiedenen russischen Parteien.

Der Ausnahmezustand in Bitterfeld.

Berlin. Die Regierung vertritt die Auffassung, daß der Ausnahmezustand in Bitterfeld an sich höchst unerwünscht ist, sie möchte ihn in Übereinstimmung mit der Arbeiterschaft tunlichst bald aufheben und die Truppen zurückziehen. Die Regierung kann es jedoch nicht als zulässig ansehen, daß das Erscheinen der Reichswehr ein Streikgrund ist. Voraussetzung für die Aufhebung des Belagerungszustandes und dem Abmarsch der Truppen in ihre Standorte ist daher die vollständige Aufnahme der Arbeit.

Hilfswerk für Wien.

Berlin. Der Magistrat hat beschlossen, ein großes Hilfswerk für das darbende Wien zu inszenieren. Mit Hilfe der Schulen soll eine umfangreiche Sammlung von Geld und nicht verderblichen Nahrungsmitteln veranstaltet werden.

Eine Drohung Sowjetrußlands.

Wien. Wie der „Neue Tag" von einer genau unterrichteten Persönlichkeit erfährt, hat die russische Regierung gleichzeitig eine Drahtung an die Wiener und an die Budapester Regierung gerichtet, wonach die Sowjetrepublik sämtliche dem Landadel und dem Gutsbesitzerstande entstammenden Kriegsgefangenen ungarischer Nationalität als Geiseln für die aus politischen Gründen verfolgten ungarischen Kommunisten betrachtet.

Nikita in Ungnade.

Wien. Nach Meldungen aus Belgrad haben die französische und englische Regierung die bisher an den König Nikita von Montenegro geleistete Pensionszahlung eingestellt.

Die Verschwörung in Athen.

Bern. Havas läßt sich aus Athen melden, aus der gerichtlichen Untersuchung, die infolge der Entdeckung des von einer Gruppe konstantinischer Offiziere vorbereiteten Komplotts eingeleitet sei, gehe hervor, daß die Verschwörer sämtlich Offiziere und Unteroffiziere seien, die nach dem Sturz der Regierung des Königs Konstantin aus den Listen der Armee gestrichen worden waren. Ihre Werbetätigkeit bei aktiven Offizieren habe zur Entdeckung des Anschlages geführt. Es seien mehrere Verhaftungen vorgenommen worden, darunter diejenige des Generals Limbritis und dreier Obersten, welche alle nicht mehr der Armee angehören.

Verschiedene Meldungen.

London. Die Regierung erließ in Dublin eine Proklamation, die alle Sinn-Feiner-Organisationen sowie alle andern nationalistischen und ähnliche Organisationen aufhebt.

London. „Central News" melden aus Kairo, daß neue Unruhen ausbrachen. Ein englischer Offizier wurde auf der Straße ermordet.

Mexiko. General Angeles, die rechte Hand General Villars, wurde nach einem summarischen Verfahren hingerichtet.



Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöset
Ich habe dich bei deinem Namen gerufen
Du bist mein. Jes. 43, 1

Nach langem, schweren, geduldig ertragenem Krankenlager entschlief gestern abend 8½ Uhr im festen Glauben an ihren Erlöser unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Tante

Ww. Conrad Simon

Elisabeth geb. **Bierwirth**

im 71 Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

Emma Schmidt geb. Simon,
Otto Simon.
Anna Köcke geb. Simon,
Franz Schmidt, Vermisst,
Fritz Köcke,
und 5 Enkelkinder.

Oberbrügge, den 29. November 1919

Die Beerdigung findet Dienstag, den 2. Dez., nachm. 2 Uhr vom Sterbehause aus, nach Halver, statt.

Trauerfeier ½ Stunde vorher.

Von Kranzspenden und Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Allgemeiner Arbeiter-Verband
Ortsgruppe Halver.

Dienstag, den 2. Dezember, abends 7½ Uhr.
Mitglieder-Versammlung.
im Jägerhaus, G. Lückmann.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. **Der Vorstand.**



Erhalte heute
Schweine
Hugo Schneider,
Halver.

Vermischtes.

„Bob" legt Berufung ein! Bob, die Bulldogge einer Londoner Dame, war eines Tages maulkorblos auf der Straße angetroffen worden! Zwei Polizisten stellten und überwältigten ihn nach hartem Kampf, der dem einen seine Hose und ein Stückchen Fleisch aus dem Oberschenkel kostete, und brachten ihn auf die Wache. Am folgenden Tage stand er in Begleitung seiner weinenden Herrin vor dem Polizeirichter, der die Herrin wegen Übertretung der in Frage kommenden Polizeiverordnung zu 15 Schilling Geldstrafe und den Übeltäter zum Gifttode verurteilte. Das harte Urteil weckte in ganz London einen Schrei der Entrüstung. Die Presse forderte gebieterisch die Wiederaufnahme des Prozesses, und die gleiche Forderung stellte eine Bittschrift, die sich im Handumdrehen mit mehr als 20000 Unterschriften bedeckte. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung gelangte denn auch der Prozeß, der für die englische Empfindsamkeit typisch ist, vor dem ordentlichen Richter in der Revisionsinstanz zur Verhandlung. Zur Vertretung von Bobs gerechter Sache hatte der Tierschutzverein einen der bekanntesten Londoner Advokaten als Verteidiger gewonnen. Der Verhandlungssaal war bis auf den letzten Platz von einer Zuhörerschaft besetzt, die dem Gange der Verhandlungen mit gespannter Aufmerksamkeit folgte. Bob erhielt von den zahlreichen Zeugen, die zu seiner Entlastung erschienen waren, das glänzendste Leumundszeugnis, und die beiden Polizisten, die sich vergeblich bemühten, den bösartigen Charakter des Angeklagten zu erweisen, hatten einen schweren Stand und wurden im Kreuzverhör von dem Verteidiger arg in die Enge getrieben. Nach einer glänzenden Rede des Verteidigers hob denn auch der Gerichtshof das erste Urteil auf und sprach Bob unter der jubelnden Zustimmung des Publikums frei. So geschehen in London in den sturmbewegten Tagen der Eisenbahner- und anderer Streiks, deren Beendigung nicht entfernt so beifällig aufgenommen wurde wie der Urteilsspruch, der dem vierbeinigen Helden des Tages das Leben wiedergab.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* Die neue Regelung der Kohlenpreisfragen. Die Ruhrkohlenzechen hatten sich vor einiger Zeit an das Reichswirtschaftsministerium mit neuen Preisforderungen gewandt. Da nunmehr der Reichskohlenverband seine Tätigkeit aufgenommen hat, sind die Zechen mit ihren Forderungen an diesen verwiesen worden. Dem Reichswirtschaftsministerium steht jetzt nur noch das Einspruchsrecht in den Preisfragen zu.

* **Amerikanische Anleihe zur Valutaregelung.** Die britischen, französischen und italienischen Delegierten in der nationalen Handelskonferenz haben sich mit dem Ausschuß der amerikanischen Bankiers über die Pläne zur Auflage einer großen Anleihe im Betrage von zwei bis vier Milliarden Dollar zur Regelung der europäischen Valuta und zum Einkauf verschiedener Waren in Amerika beraten. Ein Ausschuß von Finanzleuten wird die Einzelheiten dieser Pläne ausarbeiten. Es ist beabsichtigt, sehr kleine Anteile herauszugeben, wahrscheinlich von zehn Dollar an, um eine möglichst große Beteiligung des Publikums zu erzielen. Die Handelskammer hat einen nationalen Ausschuß für die europäischen Finanzangelegenheiten ernannt. Diesem Ausschuß gehören folgende Herren an: der Präsident des Vereins der amerikanischen Handelskammern Harry Wheeler, Taft, Schwab, Dawison, Herrick und Hughes, der ehemalige republikanische Kandidat für die Präsidentschaft.

* Maßnahmen zur Beförderung von Kohlen und Kartoffeln. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß es in letzter Zeit gelungen ist, in erhöhtem Umfange Lastkraftwagen zur Entlastung der Eisenbahn heranzuziehen. Bisher stand dieser Maßnahme die außerordentliche Knappheit an Betriebsstoff entgegen. Das Reichswirtschaftsministerium hat nunmehr erhöhte Mengen zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mengen wird es zunächst möglich sein, die bereits im Besitz der Kraft-Verkehrsämter und Kraft-Verkehrsgesellschaften befindlichen Autos voll in Betrieb zu setzen. Das Reichsschatzministerium hat ferner 400 mit Gummi bereifte Lastkraftwagen überwiesen, für die gleichfalls die erforderlichen Betriebsstoffe vorhanden sind. Sollte es sich ermöglichen lassen, noch weitere Mengen an Betriebsstoff freizulassen, so werden weiter 400 Wagen eingesetzt werden. Die Wagen sollen in erster Linie für die Beförderung von Kartoffeln und Kohlen verwendet werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Schiebergeschäfte eines Regierungsbeauftragten.** Vor der Dresdener Strafkammer stand der Bankbevollmächtigte Heinrich Schleinitz in Gemeinschaft mit seinem Schwager Lang unter der Anklage des Betruges. Schleinitz war zuletzt als Regierungsbeauftragter bei der Intendantur in Dresden beschäftigt und verstand es, in dieser Eigenschaft angeblich für das Personal der Intendantur 200000 Zigaretten und 100000 Zigarren zu erschwindeln. Die Ware hat er zum größten Teil mit Hilfe seines Schwagers verschoben und dabei 47700 Mark verdient. Das Urteil lautete gegen Schleinitz auf ein Jahr Gefängnis, gegen Lang auf acht Monate, außerdem je 2000 Mark Geldstrafe. 41000 Mark, die Schleinitz in einem verheimlichten Bankdepot liegen hatte, konnten noch beschlagnahmt werden.

§ **Ein russischer Kriegsgefangener wegen Raubmord verurteilt.** Vor dem Kriegsgericht der Inspektion der Gefangenenlager des Gardekorps hatte sich der russische Kriegsgefangene Scharatow Salitow, ein Tatar aus Sibirien und Mohammedaner, wegen einer schweren Bluttat zu verantworten. Der auf einem Gut in Wendisch-Drebna beschäftigte Russe war beschuldigt, am 1. Juni dieses Jahres dem polnischen Landarbeiter Balzerowski mit einem Taschenmesser den Hals durchschnitten und seinem Opfer die Barschaft von 150 Mark geraubt zu haben. Der Angeklagte leugnete die Tat, obwohl das blutbefleckte Geld bei ihm vorgefunden und weitere Blutspuren an seiner Kleidung festgestellt waren. Die Anklage lautete auf Mord. Das Gericht verneinte jedoch das Vorliegen der Überlegung und verurteilte den Angeklagten wegen Totschlags zu einer gesetzlichen Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver in Westf.

Statt besonderer Anzeige.



Freitag nachmittag 2¼ Uhr entschlief sanft infolge Altersschwäche mein lieber Vater, Bruder, unser guter Schwiegervater, Grossvater, Urgrossvater und Onkel, der

Rentner

August Schönenberg

im hohen Alter von 85 Jahren und 4 Monaten

Namens der trauernden Hinterbliebenen

Familie Wilh. Bornefeld.

Oberbrügge, Halver, Hefendehl, Woeste und Schalksmühle, den 29. Nov. 1919.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. Dez. nachmittags 1½ Uhr, vom Sterbehause aus statt.

Von Kranzspenden und Beileidsbesuchen bitten wir Abstand nehmen zu wollen.



Nachruf!

Heute Nachmittag verschied nach kurzem Krankenlager mein treuer Mitarbeiter

Herr Wilh. Voswinkel

Oberbrügge.

Der Entschlafene war über 38 Jahre bei mir tätig und hat sich durch unermüdlichen Fleiss und vorbildliche Pflichttreue meine volle Zufriedenheit erworben.

Ich werde sein Andenken in Ehren halten.

Oberbrügge, 28. Nov. 1919.

C. H. Steinbach.

Bekanntmachung.

Die alljährlich um die Weihnachtszeit vorkommenden Diebstähle an Weihnachtsbäumen schädigen oft die jungen Tannenbestände weit über den Wert der einzelnen Bäumchen hinaus.

Ich habe mich deshalb veranlaßt gesehen, die Sicherheitsbeamten anzuweisen, diesem Unfug auf das Entschiedenste entgegen zu treten und alle Fälle dieser Vergehen unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen.

Personen, die fragliche Bäume aus den Wäldern holen, haben sich deshalb mit einem schriftlichen Ausweis des Waldeigentümers zu versehen. Wer ohne diesen Ausweis angetroffen wird, hat die Beschlagnahme der Bäume und der Gerätschaften, sowie seine gerichtliche Bestrafung zu erwarten.

Halver, den 25. November 1919.

Der Amtmann.



Heute gegen 1½ Uhr entschlief sanft, plötzlich und unerwartet mein innigstgeliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater, unser treuer Schwager und Onkel

Wilhelm Voswinkel

im 55. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Anna Voswinkel u. Kinder.

Oberbrügge, den 28. November 1919.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 2. Dez., nachm. 2 Uhr vom Sterbehause aus, nach Kierspe, statt.

Turnverein Deckinghausen

feiert am **Samstag, den 6. Dezember 1919** im Lokale des Herrn **Ernst vom Berg, Deckinghausen** sein diesjähriges

Winterfest

durch

Konzert, turnerische u. theatr. Aufführungen

mit anschließendem Ball.

Anfang 7½ Uhr.

Eintritt: Konzert 2,— Mk., Ball 2,— Mk.

Karten im Vorverkauf sind zu haben bei den Mitgliedern.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Amt Halver.

Milchanzeige.

Nach dem III. Nachtrage zur Milchverordnung für den Kreis Altena vom 1. Mai 1919 ist jeder Milcherzeuger verpflichtet, bis zum 3. eines jeden Monats auf vorgeschriebenem Vordrucke eine Anzeige zu machen über die Bewirtschaftung der in dem voraufgegangenen Monat in seinem Betriebe erzeugten Milch. Die rechtzeitige Einreichung der Milchanzeigen ist in letzter Zeit vielfach unterblieben.

Unter Hinweis auf die bestehenden Strafbestimmungen mache ich erneut auf ordnungsmäßige Ausfüllung und pünktliche Einreichung der Milchanzeigen aufmerksam.

Halver, den 30. Oktober 1919.

Der Amtmann.

Wasserwerk Halver und Schalksmühle.

Das Frostwetter macht es dringend erforderlich, zum Schutze der Hausleitungen und Wassermesser die Fenster und Türen, namentlich an den Kellern, zu schließen, auch die nicht frostfrei liegenden Wasserleitungsröhre des Abends zu entlehren.

Halver, den 6. November 1919.

Der Amtmann.

Mit Zelloid

geklebte Schuhe

sind die besten.

Solche sind elastisch, wasserdicht, halten schöne Formen, kein Losgehen der Sohlen; die Schuhe können dabei auf Wunsch noch gepinnt oder genäht werden. Alte Schuhe, deren Böden schlecht sind, sowie Vorschuh und neue Schuhe werden von mir auf der Homogen-Klebmaschine angefertigt.

Für jede Arbeit wird vollständige Garantie geleistet. 1931

Wilh. Brocksieper,

Mechanische Schuhmacherei m. Kraftbetrieb

Brügge i. Westf.

Neu eingetroffen:

Damenhandtäschchen

in verschiedenen Preislagen.

Wilh. Bell jr., Halver.

Amt Halver.

Zeichnungen zur 7. Kriegs-Anleihe durch Vermittelung der Kriegsgefangenenlager.

In Rücksicht auf die entstandene Verzögerung der Abrechnung der von den Landwirten durch Vermittelung der Kriegsgefangenenlager gezeichneten Kriegsanleihen-Beträgen hat sich die hiesige Amtssparkasse zum Zwecke einer rascheren Abwickelung dieser Abrechnung mit der Bezirkssparkasse Worms in Verbindung gesetzt.

Es hat sich zunächst als erforderlich erwiesen, der Bezirkssparkasse Worms alle Zeichner namentlich anzugeben. Ich fordere deshalb die beteiligten Landwirte auf, unter Vorlage der ausgefüllten Zeichnungsscheine und der Postquittung über den in bar gezahlten Zeichnungsbetrage ihre gedachten Ansprüche bis zum **5. Dezember ds. Jhrs.** bei der hiesigen **Amtssparkasse** geltend zu machen.

Halver, den 20. November 1919.

Der Amtmann: Thomas.

Amts-Sparkasse Halver.

Zeichnungen auf die

Deutsche Spar-Prämienanleihe von 1919

nehmen wir bis **einschließlich 3. Dezember ds. Js.** in Halver, im Kassenraum, Amtshaus, Zimmer Nr. 5 und in Schalksmühle bei unserer Annahmestelle — Verwalter: Herr Konsumverwalter Albert Kleinschmidt — entgegen.

Halver, den 11. November 1919.

Der Sparkassen-Vorstand.

Fast neuer

Gummimantel und 1 Sitzliegewagen

ist preiswert zu verkaufen.

Näheres zu erfragen in der Geschäftsst. des Allg. Anz Halver.

Kohlensparer „Feuerteufel"

erspart 25%

zu haben bei

Fritz Hermann Bohmer, Schalksmühle

Schlachten Sie?

Sämtliche **Gewürze** erhalten Sie in der

Halverschen Medizinal-Drogerie Carl Menke, Frankfurterstr.

Gleichzeitig empfehle ich

zum Weihnachtsfeste!

Schokolade, Cacao, frisch gebr. Kaffees, Zitronen und Mandel, Essenz, sowie sämtliche Artikel, welche zum Backen benötigt werden.

Visitenkarten zu haben bei Wilh. Bell jr.